

An Herrn
StädteRegionsrat Helmut Etschenberg
Zollernstr. 10
52070 Aachen

Tel.: 0241 51982355
FAX: 0241 9433305

Büro: Zimmer E 178

Aachen, den 29. Oktober 2009

**Angemessene Kostenbeteiligung des Bundes an den Kosten für Heizung und Unterkunft bei
ALG II-Beziehern
Aufnahme eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des StädteRegionstages am
12.11.2009 und Antrag an den StädteRegionstag**

Sehr geehrter Herr Etschenberg,

Der StädteRegionstag möge beschließen:

1. Der StädteRegionstag kritisiert die Entscheidung des Bundeskabinetts, das am 7. Oktober 2009 - auf seiner letzten Sitzung in der 16. Wahlperiode beschlossen hat, die Bundesbeteiligung an den KdU für ALG II-Beziehende von derzeit 26 % auf bundesdurchschnittlich 23,6 % abzusenken. Die zu erwartenden Einnahmefälle in den Kommunen der Region führen damit zu einer weiteren Aushöhlung der im Grundgesetz garantierten Selbstverwaltung.
2. Der StädteRegionstag fordert die neue Bundesregierung stattdessen auf, die Berechnungsformel für den Anteil des Bundes an der Finanzierung der KdU unverzüglich zu ändern und zukünftig von der tatsächlichen Kostenentwicklung auszugehen.
3. Der StädteRegionstag appelliert an den nordrhein-westfälischen Landtag, der erneuten Absenkung des Bundesanteils an der Finanzierung der KdU im Bundesrat nicht zuzustimmen.
4. Der StädteRegionsrat wird gebeten, sich in allen ihm zugänglichen Gremien für eine generelle Erhöhung des Bundesanteils an der Finanzierung der KdU und eine neue Berechnungsformel einzusetzen, die sich an der tatsächlichen Kostenentwicklung orientiert. Dem StädteRegionstag ist über diese Aktivitäten regelmäßig Bericht zu erstatten.

Begründung

Die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft sollte die Kommunen vor zusätzlichen Belastungen schützen und darüber hinaus für eine gesetzlich garantierte Entlastung der Kommunen von 2,5 Milliarden Euro jährlich sorgen. Im Jahr 2010 ist mit einem weiteren Anstieg bei den Unterkunftskosten für SGB-II-EmpfängerInnen zu rechnen. Durch die Absenkung der Bundesbeteiligung und der zu erwartenden Zunahme der Ausgaben für Unterkunftskosten von 14 auf 16 Mrd. Euro ist eine Mehrbelastung von 2 Mrd. Euro in 2010 zu befürchten. Würde sich die Bundesbeteiligung nicht an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften, sondern an den tatsächlichen Kosten orientieren, dürfte diese nicht abgesenkt, sondern müsste auf ca. 38 % erhöht werden (Zahlen vom Deutschen Städte- und Gemeindebund).

Uwe F. Lühr
Fraktionsvorsitzender

Marika Jungblut
stv. Fraktionsvorsitzende

Harald Siepmann